

25. Juni 2024.

Sehr geehrte EU-Führung, Staats-Chef*innen der Mitgliedsländer, Minister*innen und Abgeordnete,

Spitzenpolitiker*innen von EU und Mitgliedstaaten kommen zusammen, um die Strategische Agenda der EU für die nächsten fünf Jahre zu beschließen. Und wir brauchen dringend echte politische Lösungen für die zahlreichen Krisen, die wir erleben. Deshalb wenden wir uns heute an Sie und fordern Sie eindringlich auf, vom „Industrial Deal“ abzurücken, der von Unternehmensverbänden gefordert wird – und verheerende Folgen für Menschen und Umwelt hätte.

Konzerne, die im großen Stil die Umwelt verschmutzen, haben unter Führung der Lobbyorganisation CEFIC einen Plan für einen [„Industrial Deal“](#) auf EU-Ebene erstellt, der auch als „Antwerpener Erklärung“ bezeichnet wird. Verschiedene weitere Initiativen von [BusinessEurope](#) und dem [Europäischen Runden Tisch für Industrie](#) gehen in eine ähnliche Richtung. Darin wird keinerlei Reduzierung von Energieverbrauch oder Umweltverschmutzung vorgeschlagen; vielmehr enthalten sie Forderungen im Interesse von Konzernen:

- **Zugang zu mehr öffentlichen Geldern** zugunsten ihrer eigenen Interessen statt zugunsten von Menschen und unserer Erde. Dies umfasst umfangreiche öffentliche Mittel auf EU-Ebene und nationaler Ebene, um die Risiken bei Investitionen in Infrastruktur und „Netto-Null“-Technologien zu mindern. Zu diesen zählen etwa CO₂-Abscheidung und Wasserstoff, wodurch die weitere Nutzung verheerender fossiler Brennstoffe dann praktisch [vorprogrammiert](#) ist, mehr auf Atomenergie gesetzt wird und es Europas schlimmsten Umweltverschmutzer*innen faktisch ermöglicht wird, einfach so weiterzumachen wie bisher.
- **Weitreichende, rasche Deregulierung** unter dem Deckmantel von „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Innovation“, auch durch den Abbau bestehender Sozial- und Umweltbestimmungen. Das künftige Erarbeiten und Umsetzen wirksamer Bestimmungen wird erschwert. Durch das Voranbringen der „Agenda für bessere Rechtsetzung“ bekommen Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Faktoren bei der Rechtsetzung noch mehr Priorität.
- **„Vollendung“ des Binnenmarkts** mittels konsequenterer Durchsetzung, sodass Konzerne und Europäische Kommission dringend benötigte ambitionierte Pläne für den sozialen und ökologischen Wandel auf nationaler und kommunaler Ebene [blockieren](#) können. Erstaunlicherweise kann auch gegen Initiativen zur Förderung von sozial gerechter ökologischer Wende, öffentlichen Dienstleistungen und kollektivem Arbeitsrecht nach Binnenmarktvorschriften juristisch vorgegangen werden.
- **Mehr Maßnahmen zum „Freihandel“ sowie weitere Maßnahmen**, auch solche, die von EU-Strateg*innen als „Hard Power“ („harte Macht“) bezeichnet werden, mit dem Ziel, immer noch mehr Rohstoffe und Energiezufuhr zu beschaffen bzw. zu sichern. In der Folge werden große Konzerne verstärkt Rohstoffe in Ländern des globalen Südens [abbauen](#), welche dann die sozial und ökologisch katastrophalen Folgen bewältigen müssen. Außerdem können die betreffenden Länder so die Rohstoffe nicht für ihre eigene Entwicklung nutzen.
- **Eine stärker unternehmensfreundliche Art der Entscheidungsfindung für die EU** mittels Dialog und Foren, in denen Industrie und Wirtschaft unverhältnismäßig stark vertreten sind, und ohne Mechanismen öffentlicher Rechenschaftspflicht.

Wir fordern führende Politiker*innen von EU Und Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sich gegen diese nicht nachhaltigen Projekte der Industrie zu stellen, die von den kapitalstärksten Akteur*innen mit perfekt geölter PR-Maschine stammen.

Denn schließlich erfolgt dieser Vorstoß von Seiten der Industrie, nachdem dieselben Lobbyorganisationen mehrere wichtige Gesetzesvorschläge zum Schutz von Natur, Artenvielfalt

und Gesundheit der Bevölkerung erfolgreich sabotiert hatten, so auch bei der [Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit](#) und der [Farm-to-Fork-Strategie](#).

Und diese Unternehmens-Lobbykampagne kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem Gemeinschaften und unsere Umwelt, ohne die wir nicht leben können, gleich mehrere Krisen erleben. Wir erleben eine Umwelt-[Krise](#) unbekanntes Ausmaßes, mit Klimakrise und Artensterben, die sich bereits auf den Alltag von Menschen in Europa auswirkt. Sie gefährdet Energie- und Ernährungssicherheit, Ökosysteme, Infrastruktur, Wasservorräte, finanzielle Stabilität und Gesundheit.

Zugleich steigen durch die [Lebenshaltungskostenkrise](#) die Kosten für Grundlegendes wie Lebensmittel, Wohnungen und Energie- und Wasserversorgung im Verhältnis zum Einkommen von Millionen Europäer*innen drastisch. Angetrieben wird diese Entwicklung durch die Profitgier von Konzernen, insbesondere im Bereich fossile Brennstoffe und Rüstungsindustrie. Armut und Ungerechtigkeit nehmen überall in Europa zu. Zu allem Übel werden auch noch Maßnahmen wirtschaftspolitischer Steuerung, einschließlich [Sparmaßnahmen](#), wieder aufgenommen. Dies geht zu Lasten von Sozialstandards und Klimawende und untergräbt öffentliche Dienstleistungen in den Mitgliedstaaten. Werden Armut, Ungleichheit sowie unzureichende öffentliche Dienstleistungen nicht ausreichend angegangen, fördert dies den Zuwachs rechtsextremer Gruppierungen in zahlreichen Mitgliedstaaten. Es ist dabei ein entscheidender und zugleich vermeidbarer Faktor.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten bei ihren Bemühungen den Bedürfnissen von Menschen und Umwelt Vorrang geben. Das bedeutet unter anderem:

- **Vermögensumverteilung** zur Sicherung des Wohlergehens der Menschen: Investitionen in öffentliche Versorgungsleistungen, Umsetzen eines [gerechten Übergangs](#), der allen Arbeitenden zugutekommt, insbesondere in umweltverschmutzenden Branchen, sowie eine Abkehr von Sparmaßnahmen. Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, sollten nicht für den dringend notwendigen ökologischen Wandel bezahlen müssen.
- **Umgestaltung der Volkswirtschaften von EU und Mitgliedstaaten** für einen Systemwandel mit [menschenwürdiger Arbeit](#) für Arbeitende, Fairness, ungefährliche Produkte ohne Gefahrstoffe sowie echte Nachhaltigkeit. Die Bemühungen zum sogenannten „Industrial Deal“ müssen aufgegeben werden. Stattdessen muss eine industrielle Strategie der EU sich am Gemeinwohl orientieren, damit ein wirklich fairer, nachhaltiger Wandel gelingt, der die Bedürfnisse der ortsansässigen Menschen berücksichtigt.
- **Verabschiedung wirksamer Gesetze zum Schutz der Menschen und unserer Erde**, damit der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen gelingt und Treibhausgasemissionen sowie Umweltverschmutzung wirklich auf null reduziert werden können. Die konsequente Anwendung von Verursacher-Prinzip und Vorsorgeprinzip wird dazu beitragen, dass die entsprechenden Akteur*innen für Umweltkrisen zur Verantwortung gezogen werden. Außerdem fördert sie eine Gesetzgebung, die sich am Gemeinwohl orientiert.
- Es sollten Lehren aus dem Umgang mit der Tabakindustrie gezogen und auf dieser Basis **neue Vorschriften geschaffen werden, die eine Einmischung von Konzernen in die Entscheidungsfindung verhindern**. Wie ein kürzlich veröffentlichter [Bericht der WHO](#) zu gesundheitsschädigenden Produkten in der EU verdeutlichte, übt eine kleine Anzahl transnationaler Konzerne erheblichen Einfluss auf den politischen und rechtlichen Kontext aus, in dem sie agieren, und blockiert am Gemeinwohl orientierte Vorschriften, die ihre Profite beeinträchtigen könnten. Es muss sichergestellt werden, dass die Industrie Gesetze künftig nicht mehr schwächen oder vereiteln kann, die dem Schutz der Menschen und unserer Erde dienen.

Deshalb fordern wir Sie dringend auf, diese Bemühungen in den Mittelpunkt des EU-Programms für 2024-2029 und darüber hinaus zu stellen. Wir würden uns sehr über die Gelegenheit freuen, mit Ihnen persönlich über diese Themen zu sprechen.

350.org
Academia Ciudadã
Afrikagrupperna (Sweden)
AICED (Appui aux Initiatives Communaire de Conservation de l'Environnement et de
Developpement Durable (RDCongo))
AlgorithmWatch
Amigas de la Tierra - Friends of the Earth Spain
Anders Handeln (Austria)
Armenian Women for Health and Healthy Environment (AWHHE)
Arnika
Association For Promotion Sustainable Development
Attac Austria
ATTAC Spain
BankTrack
BeeLife European Beekeeping Coordination
Biofuelwatch, Europe/USA
Broederlijk Delen
Căși sociale ACUM!/Social housing NOW!
Center for International Environmental Law
Child Rights International Network (CRIN)
Climate Action Campaign at the Humboldt UU Fellowship
Climaxi
CNE CSC Belgian trade union in health social and services
Comite Schone Lucht | Clean Air Committee NL
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Corporate Europe Observatory
DEMETER BE
Demeterforbundet Danmark
Deutsche Umwelthilfe
Diálogo 2000-Jubileo Sur Argentina
Earth Trek (Croatia)
Eco Hvar, Croatia
Ecologistas en Acción (Spain)
EDEN center Albania
Ekō
EnvMed - European Network for Environmental Medicine
Estonian Green Movement
Fair Resource Foundation
Fairwatch (Italy)
Fern
Food & Water Action Europe
foodwatch
Foreningen for Biodynamisk Jordbrug
Fridays for Future Romania
Frie Bønder – Levende Land
Friends of the Earth Europe
Friends of the Earth Finland / Maan ystävät ry
Frøsamlerne Danmark
Fundacja Strefa Zieleni, Poland
GAIA - Grupo de Acção e Intervenção Ambiental
Gallifrey Foundation, Switzerland
Générations Futures
GLOBAL 2000 - Friends of the Earth Austria
Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power, and Stop Impunity
Global Witness
Grandmothers Act to Save the Planet (GASP)
Green Impact

Grøn Hverdag, Denmark
Hamraah Foundation
Health and Environment Justice Support (HEJSupport)
Herenboeren Nederland
Hogar sin Tóxicos (Spain)
Humundi
IATP (Institute for Agriculture and Trade Policy)
Innovation pour le Développement et Protection de l'Environnement
Institute for Sustainable Development Foundation (Poland)
International Office, Clean Clothes Campaign
ISDE, International Society of Doctors for Environment (Italy)
La Grande Puissance de Dieu
Landsforeningen Praktisk Økologi - Danish Association for Practical Ecology
Leefmilieu
Les Amis de la Terre France (FoE France)
Les Amis de la Terre-Belgique asbl
LobbyControl
Momentum Institute - The Think Tank for the Many (Austria)
Muchi Children's Home
Nature et Progrès Belgique
Naturefriends Greece
NOAH - Friends of the Earth Denmark
Observatoire du principe pollueur-payeur
Ocean. Now!
OGM dangers
Organic Aquaculture - Denmark
Päästame Eesti Metsad (Save Estonia's Forests)
Parents For Future Global
Permakultur Danmark, Denmark
Pesticide Action Network Europe
Pesticide Action Network Germany
Plastic Change
Plastic Soup Foundation
Plataforma Transgenicos Fora
POLLINIS
Polska Zielona Sieć
PowerShift
Pro Natura - Friends of the Earth Switzerland
Protect The Forest Sweden
ReCommon
Red de Acción sobre Plaguicidas y Alternativas en México (RAPAM) A.C.
SAFE Food Advocacy Europe
Sahita Institute, Indonesia
Schola Campesina Aps
Secrets Toxiques
Solidagro (Belgium)
SOMO - Centre for Research on Multinational Corporations
Stichting Zaadgoed
Stowarzyszenie Ekologiczne EKO-UNIA, Poland
SÜDWIND Institut (Germany)
The Lifescape Project
The Scarab Trust
Think Tank (Belgium)
Transnational Institute
TROCA - Plataforma por um Comércio Internacional Justo
UK Hazards Campaign
urgewald

Vitale Rassen (Belgium)
WomanHealth Philippines
Women Engage for a Common Future - WECF International
Xnet, Institute for Democratic Digitalisation (Spain)
Young Friends of the Treaty (YouFT)
Zelena akcija / FoE Croatia
ZERO - Association for the Sustainability of the Earth System
Zukunftskonvent Germany

Vicky Cann, Corporate Europe Observatory, 26 Rue d'Edimbourg, 1050 Brussels, Belgium:
vicky@corporateeurope.org